

Die Geschichte von der Henne und dem Ei

Als wir im Anfang des neuen Jahrtausends unsere Personalvermittlungsfirma von einer GbR in eine GmbH umwandelten, benötigten wir auf Grund der neuen Rechtsform auch eine neue Erlaubnis zur Personalvermittlung. Die Firma blieb am gleichen Standort, mit dem gleichen Personal und dem gleichen Dienstleistungsangebot. Die einzige Änderung war im Briefkopf zu erkennen. Soweit so gut, ist es bis dahin doch ein ganz normaler Vorgang und für jedermann nachvollziehbar. Was aber eigentlich mit einem einzigen Briefwechsel zu bewerkstelligen sein sollte, entpuppte sich dann als die Geschichte vom Huhn und dem Ei. Die GmbH mit dem Inhalt der Personalvermittlung konnte man nur gründen, wenn man eine Erlaubnis von den Behörden vorlegen konnte, teilte man uns schriftlich mit.

Auf Ersuchen diese Erlaubnis schnellstmöglich zu bekommen, erhielten wir jedoch ein Schreiben, dass dies erst möglich wäre, wenn man die Gründung der GmbH nachweisen könne.

Das war jetzt die Herausforderung, ohne Erlaubnis keine GmbH-Gründung und ohne GmbH keine Erlaubnis.

Wir bewegten uns im Kreis, schließlich wurde des Rätsels Lösung gefunden: wir erhielten eine vorläufige Erlaubnis mit deren Hilfe wir die GmbH gründen konnten. Natürlich mussten wir uns anschließend um eine endgültige Erlaubnis bemühen, die wir dann aber auch erhielten.

Betroffenes Unternehmen ist dem Herausgeber persönlich bekannt, möchte aber nicht in der Öffentlichkeit genannt werden.

Anmerkung des Herausgebers: das eigentliche Schlimme hierbei ist, dass sich der Sachbearbeiter – in Kenntnis seiner Vorschriften – im Recht fühlt.

Da die beteiligten Unternehmen Restriktionen und weitere Auflagen befürchten müssen, wenn sie sich gegen eine solchen Humbug wehren, werden wohl auch noch in Zukunft solche Absurditäten vorkommen.

In einem privaten Unternehmen, würde für einen adäquaten Verbesserungsvorschlag eine Prämie gezahlt werden, wenn ein solcher Verwaltungsvorgang hierdurch sinnvoll verkürzt und damit billiger werden könnte (von der Kundenzufriedenheit mal gar nicht zu reden).

Übertragen auf den öffentlichen Dienst, wäre das dann auch eine mögliche, zusätzliche Einnahmequelle für den ein oder anderen, findigen Staatsbediensteten?